

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon** 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Auktoren, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Zum Bruch entschlossen?

Berlin, 4. März. Unter der Leitung des Reichskanzlers fand heute nachmittag eine Aussprache des Sachverständigenausschusses über die wirtschaftlichen Wirkungen der von der Londoner Konferenz angeordneten Zwangsmassnahmen statt. Alle Anwesenden waren einer Meinung darüber, daß die Massnahmen auf das deutsche Wirtschaftsleben schwerste Wirkungen ausüben würden, daß diese Wirkungen aber die Regierung von dem Standpunkt, die Unterzeichnung von Verpflichtungen abzulehnen, die Deutschland zu erfüllen außerstande sei, nicht abbringen könnten.

Bei einer Besprechung, die gleichzeitig der Reichsminister des Innern mit den parlamentarischen Vertretern des besetzten Gesellschaftes abhielt, wurde festgestellt, daß die angekündigten Zwangsmassnahmen schwer, aber nicht unerwartet seien und daß die Regierung wegen der zu befürchtenden Schädigungen soweit als möglich Vorbehalte getroffen habe. Die angekündigten Massnahmen könnten keine Veranlassung geben, die von der Reichsregierung bisher eingenommene Haltung zu ändern.

Berlin, 5. März. (T. U.) Das Reichskabinett trat gestern nachmittags zu einer Sitzung zusammen, um die vorliegenden Berichte Dr. Simons und den nunmehr eingegangenen offiziellen Wortlaut der Rede Lloyd Georges zu besprechen. Wie das Berliner Tageblatt hört, behandelte die Sitzung die Frage, ob die Reichsminister heute im Reichstage erscheinen, um im Namen der Regierung eine Erklärung zu den Verhandlungen in London zu geben. Sodann wird sich der Reichstag um einige Stunden versammeln, um den Fraktionen Gelegenheit zur Besprechung zu geben. Nach Wiederbeginn der Sitzung werden dann die Parteien ihren Standpunkt darlegen.

Aus Reichskabinett und Parlament.

Berlin, 5. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Volkszeitung erfährt über die gestrige Sitzung des Reichskabinetts: „In politischen Kreisen, die sich informiert glauben, nimmt man an, daß der Reichskanzler in seiner heutigen Erklärung nochmals den Standpunkt vertreten wird, daß die Pariser Beschlüsse für Deutschland unannehmbar, weil unerfüllbar sind. Daß man ihre Annahme verweigern müsse, selbst angesichts der angekündigten Zwangsmassnahmen, daß aber die deutsche Regierung, um ihren guten Willen zu beweisen, jede Möglichkeit einer Verständigung nütze und keine Verhandlungsaussicht außer acht lassen werde. Man nimmt an, daß die deutsche Delegation am Montag neue Vorschläge machen wird. Die Formulierung der Antwort, die am Montag den Alliierten gegeben werden soll, wird der deutschen Delegation in London überlassen bleiben. In parlamentarischen Kreisen hat man gestern in später Abendstunde die Möglichkeit einer Fortsetzung der Verhandlungen in London und einer Verständigung mit den Alliierten etwas höher eingeschätzt. Nahezu sämtliche Parteien des Reichstages haben gestern nachmittags Sitzungen abgehalten, in denen die Stellung zum Londoner Ultimatum festgelegt und auch die Sprecher, die für die einzelnen Parteien die Erklärungen abgeben werden. Wie unser Korrespondent erfährt, wird für die USPD, der Genosse Breitscheid das Wort führen.“

Neue Vorschläge für London?

Ueber die Möglichkeit neuer Vorschläge erfährt unser Berliner Korrespondent, daß einzelne Minister bereits neue Gegenvorschläge, die sich auf wesentlich anderer Grundlage aufbauen, als die des Ministers Simons vorgebracht haben. Man hofft, daß bis Montag sich eine Einigung über eventuelle neue deutsche Gegenvorschläge erzielen lassen wird. Nachträglich stellt sich heraus, daß die Abfassung der deutschen Gegenvorschläge ohne jede Zuhilfenahme der Sachverständigen erfolgt sei. Sämtliche Sachverständige lehnen die Verantwortung für die Gegenvorschläge ab, da sie bei der Abfassung nicht befragt worden sind. Die Gegenvorschläge sind durch die Staatssekretäre Bergmann und Schröder, sowie den Minister Simons sowohl sachlich als auch in der Form festgelegt worden.

Berlin, 5. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Korrespondent der Volkszeitung meldet aus London: Man zweifelt in Ententekreisen nicht, daß die deutsche Delegation am Montag ein neues Angebot machen wird. Ich glaube sogar sagen zu können, daß man ein annehmbares Angebot erhofft, weil keine der Ententemächte ein wirkliches Interesse daran hat, die Sanktionen in Kraft treten zu lassen. Von gutunterrichteter deutscher Seite erfährt der Korrespondent, daß die Mitteilung, wonach die angekündigte Besetzung von Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg sich in erster Linie gegen Stinnes richten soll, auf Richtigkeit beruhe. Die gleiche Stelle sagt, daß man über diese Absicht der Entente schon früher unterrichtet war. Bei den unendlich divergierenden Ansichten im Angebot der beiden Parteien erscheint noch Ansicht meines Gewährsmannes eine Einigung völlig unerreichbar. In Wirklichkeit könnte ja auch von Verhandlungen überhaupt nicht gesprochen werden.

Vor der Entscheidung des Montags.

Neue Möglichkeiten zur Verständigung?

Die Pause in den Londoner Verhandlungen wird durch eine Hochflut von Kombinationen ausgefüllt, die die widersprechendsten Behauptungen über die Aussichten der Montagssitzung wiedergeben. Eins geht aus diesem Wirrwarr der Konjekturen, Vermutungen und Befürchtungen aber deutlich hervor: Nämlich, daß noch eine, wenn auch keine Möglichkeit vorhanden ist, die Verhandlungen fortzusetzen und das Schlimmste für Deutschland wie auch für die Alliierten, den Bruch und die brutalen Zwangsmassregeln zu vermeiden. Noch sind neue Gegenvorschläge möglich und wir fordern mit aller Energie, daß diese Möglichkeit bis zum äußersten von der deutschen Regierung und von der deutschen Delegation ausgenutzt wird. Wir fordern es im Namen des deutschen Proletariats, daß durch die Zerstörung des wirtschaftlichen Lebens unseres Landes, die die Zwangsmassnahmen der Entente heraufbeschwören müßten, auf das schwerste von allen Klassen Deutschlands getroffen würde. Die Arbeiter müßten das Elend bis aufs äußerste auskosten — die Bourgeoisie würde zwar eine Verminderung ihrer Profite erfahren, würde vermutlich eine Verringerung der Dividenden zu beklagen haben, aber sie würde immer noch über erheblich mehr als über die Notdurft des Lebens verfügen, und sie würde sich, das wissen wir aus der Kriegszeit nur zu gut, wenn wir es überhaupt nicht schon vorher gemerkt hätten auf Grund unserer Erkenntnis der Klassengegenstände, sie würde sich entschließen weigern, mit den hungernden und sterbenden, mit den in Not und Verzweiflung dahinstrohenden Proletariern eine Einheitsfront zu bilden, die eine wirkliche solidarische Gemeinschaft wäre, d. h. die sie verpflichtete, nicht besser zu leben als es bei gleichmäßiger Verteilung aller unserer dann noch verbleibenden Güter möglich wäre.

Unter Einheitsfront versteht die Bourgeoisie etwas ganz anderes. Sie meint damit die Möglichkeit, das Proletariat für sich ins Feuer zu schicken, ohne daß sie deswegen irgendwelche Verpflichtungen gegen ihre Partner zu übernehmen hat. Die Bourgeoisie will mit Hilfe des Proletariats in den Kampf mit dem Imperialismus der Entente, ohne daß sie darum ihre Kampfstellung gegen die Arbeiterkraft, ihre Pläne auf Vernichtung jener Stellung, die sich das Proletariat trotz aller schweren Festschläge durch die Revolution errungen hat, auch nur einen Augenblick aufzugeben bereit wäre. In diesen selben Tagen, in denen die bürgerliche Presse das Wort „Einheitsfront“ zu Tode heßt, drohen die Werksgewaltigen, unter denen Stinnes die führende Geige spielt, mit einer Aussperrung sämtlicher deutschen Werkarbeiter, weil auf den Vulkanwerken Stettins die Arbeiter sich Rechte, die ihnen seit 1916 zugestanden waren, nicht nehmen lassen wollten. Und wie ist überhaupt eine auch nur politisch eng begrenzte Einheitsfront möglich zwischen Parteien, die in der Frage der Wiedergutmachung durchaus nicht gleicher Meinung sind? Daß die Deutschenationalen auf nichts anderes ausgehen, als die Verhandlungen zum Bruch zu treiben, daß sie die Politik des Bankrotts und des Hazards, die sie während des ganzen Krieges befolgt haben, auch jetzt noch weiter treiben wollen, darüber ist kein Zweifel. Die sozialistische Korrespondenz des Herrn Heimann hebt das in einer Betrachtung ganz zutreffend hervor, aber mit der Deutschen Volkspartei hält sie doch „eine gemeinsame außenpolitische Basis allenfalls denkbar“. Dabei gehört wirklich keine große Beobachtungsgabe dazu, um zu wissen, daß die Deutsche Volkspartei im Grunde dasselbe Ziel hat, wie die Deutschenationalen. Oder glaubt etwa die sozialistische Korrespondenz, daß die provozierenden Stapelläufe, die Schiffstausen „Hindenburg“ und „Tirpitz“, die Herr Stinnes inszeniert, der Verständigung in London dienen sollen? Wer in solchen Zeiten derartige Demonstrationen veranstaltet, der zeigt damit aufs deutlichste, daß er die Arbeit der Unterhändler stören, ihren Erfolg verhindern will. Und Stinnes ist die Deutsche Volkspartei.

Und wie sollte das positive Programm dieser Einheitsfront aussehen? Soll die deutsche Arbeiterklasse sich im Interesse der Einheit demütig damit abfinden, daß der Entente als Sicherheit für die internationale Anleihe eine Vermehrung der indirekten Steuern, der ungerechtesten, die Kernsten am schwersten treffenden Abgaben auf wichtige Lebensbedürfnisse angeboten wird, wie es in der bekannten Offerte des Herrn Schröder bereits geschehen ist? Ist die Einheitsfront, nachdem sie ihre Schuldigkeit getan, gut dazu, daß die Kapitalisten Deutschlands mit den Kapitalisten der Entente eine Einheitsfront zur Ausbeutung des deutschen Proletariats bilden? Man nehme zu diesem Schröderschen Angebot noch einen Artikel der Deutschen Zeitung, worin Herr Max Laurenbrecher ganz ungeniert ausspricht, daß Deutschland, wenn es infolge des Bruches in London wieder auf sich selbst angewiesen werde, seine landwirtschaftliche Produktion steigern und intensivieren und zu diesem Zweck die Zwangswirtschaft befeitigen und

die Preise der landwirtschaftlichen Produkte erhöhen müsse. Das selbe Lied ist auf der Tagung des Reichs-Landbundes erklingen, die eben in Berlin auseinandergegangen ist. Auch dort wurde die vollständige Befreiung der Zwangswirtschaft und die weitere Erhöhung der Getreidepreise in unverhämter Weise gefordert. Höhere Nahrungsmittelpreise und höhere indirekte Steuern, das soll die Einheitsfront dem deutschen Proletariat beschaffen!

Die Arbeiterklasse darf sich in Tagen wie diesen nicht von den Kattenschneidern der bürgerlichen Presse über die Notwendigkeit täuschen lassen, sich nur auf sich selbst zu verlassen. Die Klassengegenstände schweigen auch in Zeiten der äußeren Bedrängnis nicht. Wer das noch nicht gewußt hat, der hätte die Kriegszeit es lehren können, wo der Bürgerleben nur das Schutzschild war für die Gewalt- und Spielerepolitik der Herrschenden, die Deutschland in den Abgrund führten. Die deutsche Arbeiterklasse wird die Unterhändler in London unterstützen, ohne sich das Recht der Kritik an ihrer Haltung einen Augenblick nehmen zu lassen. So lange diese Herren ihre Pflicht tun, d. h. alles daran setzen, um die Möglichkeiten zur friedlichen Verständigung auszunutzen. Aber darüber hinaus weist es alle Anbiederungsversuche der Bourgeoisie kühl ab. Seine Parole bleibt: Allezzeit gerüstet und des Kampfes gewärtig.

Eine bemerkenswerte englische Stimme.

Im Manchester Guardian, dem großen linksliberalen Blatte, finden wir in der Mittwochsummer die folgende sehr beachtenswerte Ausführung seines Londoner Korrespondenten:

„Die Ansicht in hiesigen einflussreichen Kreisen ist, daß die Deutschen nützlich, um nicht zu sagen dumm gewesen sind, als sie ihre Vorschläge heute vorlegten. Sie müßten sich vergegenwärtigen, so wird gesagt, daß die Wiedergutmachung vor allem nicht eine ökonomische, sondern eine politische Angelegenheit ist. Sie hätten den Forderungen für die ersten fünf Jahre zustimmen sollen und dann hätte die ganze Frage wieder aufgerollt werden können. Das ist ihre beste Chance, und um sie zu erkennen, müssen sie verstehen, daß zur Zeit und für einige Jahre weiter die Wiedergutmachung eine politische Angelegenheit ist und daß irgendeine Art von Anpassung oder Kompromiß, so weit die Staatsmänner unter den Alliierten gewillt sein mögen, es einzugehen, erst werden kann aus politischen Gründen, bis vier oder fünf Jahre verlossen sind.“

Diese Auslassung trifft das Richtige. Das Geheikelste, was Deutschland tun könnte, wäre, eine provisorische Abmachung für die nächsten paar Jahre zu treffen und im übrigen eine vernünftige Politik zu treiben, die es ermöglichen würde, die Wiedergutmachungsfrage aus einer politischen Frage, die sie es jetzt noch ist, zu einer rein wirtschaftlichen Frage zu machen. Die Zeit würde für Deutschland arbeiten, auch minderbegabten Staatsmännern der Entente würden die Tatsachen allmählich beibringen, daß die Ruinierung Deutschlands die schlechteste Politik ist.

Im übrigen läßt dasselbe Blatt in der Donnerstagnummer eine scharfe Kritik an der deutschen Verhandlungstaktik. Es hebt richtig den wunden Punkt der deutschen Haltung hervor, die Doppelzüngigkeit. Einmal haben die Deutschen erklärt, daß sie die Forderungen der Entente nicht erfüllen können, dann aber sagen sie, daß ihre Gegenvorschläge diese Forderungen erfüllen. Diese zweite Behauptung ist unwahr und absurd. Das Blatt meint, daß bei der großmütigsten Auslegung das deutsche Angebot nur als die Hälfte der Pariser Forderung bewertet werden könne. Im übrigen betont der Manchester Guardian, daß Zwangsmassnahmen die Zahlungsfähigkeit Deutschlands nicht heben werden, denn keine Nation werde unter Zwang so fleißig arbeiten wie freiwillig, wenn ihr überhaupt genügender Grund zur Arbeit gegeben wird. Und dann kommt das Blatt noch einmal auf seinen Vorschlag zurück, sich auf eine Summe zu vereinigen, „die uns über die nächsten Jahre hinweggebracht hätte.“ Der Beweis, daß Deutschland sich überhaupt weigere, zu zahlen, wäre ebensowenig erbracht, wie jener dafür, daß man von ihm nicht das Unmögliche verlange. „So schlecht wie die Deutschen ihre eigene Sache gemacht haben, es ist kein Beweis dafür erbracht, der uns genügt, daß die Sanktionen anzuwenden jetzt moralisch zu vertreten oder praktisch vorteilhaft sein würde.“

Die Bemühungen um die „Einheits“front.

Berlin, 5. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, wurde in der Sitzung, die am Donnerstag nachmittags von der Fraktion der Deutschen Volkspartei abgehalten wurde, auf Anregung Stresemanns beschlossen, sofort den Versuch der Bildung einer Einheitsfront zu unternehmen. Stresemann berief sich darauf, daß auch der Reichspräsident Ebert für die Bildung einer Einheitsfront von den Deutschenationalen bis zu den Sozialdemokraten sei. Der interfraktionelle Ausschuss der drei Regierungsparteien, Zentrum, Demokraten und Deutsche Volkspartei, beschloß daraufhin, am Freitag offiziell mit den Sozialdemokraten und den Deutsch-